

## „Die sind ja alle so mißtrauisch“

Inflation, Grundvertrag und heraufziehende wilde Streiks waren letzte Woche vergessen, als eine unbekannte CDU-Größe namens Julius Steiner ins Spiel kam. Der frühere Bundestags-Abgeordnete behauptet, er habe

1972 Kanzler Brandt vor der Abwahl bewahrt. Steiners Parteifreunde vermuteten Korruption. Der Verdächtige beteuerte, er sei Gesinnungstäter. Er behauptete freilich, seit Monaten für Nachrichtendienste zu arbeiten.

Was die Nixon-Administration seit Monaten bedrückt, London seit Tagen beschäftigt — soll es nun auch Bonn befallen?

Steht dem sozialliberalen Bündnis eine Krise bevor, die Führungsanspruch und Autorität der Regierung Brandt/Scheel lädiert?

Unisono fragten der rechts-katholische „Rheinische Merkur“, „Bild“ und „Welt“ vergangene Woche: „Watergate in Bonn?“ Und die Antwort fiel eindeutig aus. Der „Merkur“ stellt in Aussicht, daß „die Bundesrepublik Deutschland mit einem Skandal rechnen muß, gegen den die Watergate-Affäre der Amerikaner zum kleinen Fisch zusammenschrumpft“.

Die „Welt“ sah voraus: „Das christdemokratische Waterloo vom Mai vergangenen Jahres scheint sich zum sozialistischen Watergate zu wenden.“ Und die „Bild“-Zeitung wußte es genau: „Ein Ostagent hat am 27. April vergangenen Jahres die Regierung Brandt gerettet.“

Wieder einmal schien Korruption im Spiel zu sein, diesmal in der Koalition. Ein Abgeordneter, den noch vor Wochen nur wenige Insider kannten, hatte für Zweifel und Aufregung, Beschuldigungen und Dementis gesorgt.

Am Dienstag letzter Woche saß er im Bonner SPIEGEL-Büro und bat, gegen 16.30 Uhr, nach zweistündiger Befragung um eine kurze Bedenkzeit. Dann, gegen 16.35 Uhr, gestand der frühere CDU-Abgeordnete Julius Steiner: „Jetzt muß ich Ihnen die volle Wahrheit sagen. Ich habe eine weiße Karte reingeworfen. Das war wie ein Nein. Der Antrag war, Brandt das Mißtrauen auszusprechen. Damit war die Enthaltung ein Nein.“

Gut ein Jahr nach dem versuchten Kanzlersturz Rainer Barzels hatte sich einer jener beiden Christdemokraten enttarnt, die am 27. April 1972 beim konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt dem CDU-Vorsitzenden ihre Stimme verweigerten. Statt der erwarteten und errechneten 249 Abgeordneten hatten nur 247 Barzel ihr Ja-Wort geben mögen. Doch die beiden entkamen unerkant.

Zwar rühmten sich Koalitionsabgeordnete, den beiden Wankel-Männern Entscheidungshilfe geleistet zu haben. Zwar argwöhnten CDU/CSU-Par-



Barzel-Gegner Steiner  
Die Regierung gerettet?

lamentarier, bei der Abstimmung sei manches weniger mit rechten Dingen als mit Geld und zweifelhaften Angeboten zugegangen. Ein rundes Dutzend Unions-Abgeordnete geriet ins Gerede: von Altkanzler Ludwig Erhard und Ex-Minister Hermann Höcherl über CSU-MdB Friedrich Zimmermann bis zum Ostvertragsbefürworter Ernst Majonica und dem unbekannten Hinterbänkler Julius Steiner.

Aber nichts wurde aktenkundig, kein Vorwurf öffentlich erhoben.

Erst Mitte Mai 1973 begann Barzels schwarze Stunde wieder interessant zu werden. In Bonn kamen mysteriöse Gerüchte auf: der britische Geheimdienst habe den Tip gegeben, daß sich im Nachlaß eines kürzlich verstorbenen Deutschen — seine Berufsbezeichnungen schwanken zwischen Wirtschaftsprüfer und PR-Agent, Industrieller und Versicherungsmakler — ein Hinweis gefunden habe. Dieser Unbekannte habe einen Betrag von 100 000 Mark an Steiner vermittelt. Das Geld solle



Steiner-Opfer Barzel: Durch Verrat gescheitert?

aus Kassen der Koalition oder nahestehender Unternehmer stammen.

Am vergangenen Freitag heizte die Ulmer „Südwest-Presse“ die Spekulationen weiter an: Bei einem Treffen zwischen dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand und Steiner am 29. März 1972 habe der Genosse darüber „doziert“, was die Stimme eines CDU-Abgeordneten für die Ostverträge „wert sein könne“. Das Provinzblatt: „Wienand sprach von 250 000 Mark in bar (zahlbar auch auf Konto in der Schweiz) oder einer gleichwertigen Versorgung auf Lebenszeit.“ Wienand auf Vorhalt: Er habe zu jener Zeit mit vielen gesprochen, möglicherweise auch mit Steiner. Von Geld allerdings sei nie die Rede gewesen.

Andere Quellen sahen Steiner gar mit einem Versorgungsposten für den Rest seiner Jahre belohnt. Sie wollten ermittelt haben, Steiner sei für seine Stimmenthaltung mit einem Posten bei der FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs unterstehenden Treuhandstelle für Interzonenhandel abgefunden.

In der CSU-Landesgruppe des Bundestages schließlich wurde am Freitag letzter Woche eine weitere Version über Zuwendungen an Steiner ventiliert. Die Unions-Bayern prüfen, ob der frühere Fraktionskollege aus den Etats der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen und des Wehrbeauftragten für Gutachtertätigkeit hohe Honorare aus Steuermitteln beziehe.

Bei der Unterredung in der Bonner SPIEGEL-Redaktion wies Steiner derlei Verdächtigungen zurück: „Da kann ich gerichtlich gegen angehen.“ Er habe nicht um materieller Vorteile willen, sondern aus politischer Überzeugung gehandelt. Steiners Begründung für seine Entscheidung gegen Barzel: „Ich glaube, daß der Mann nicht in der Lage ist, eine Bundesrepublik zu regieren. Ich habe schon damals seine Schwächen kennengelernt.“

Doch Schwächen hat vor allem Julius Steiner. Denn nachdem er seine Enthaltung beim Mißtrauensvotum zugegeben hatte, vertraute der Christdemokrat dem SPIEGEL weiter an: Er arbeite seit dem Jahreswechsel 1972/1973 gegen guten Lohn als Doppelagent für Ost-Berlin und Bonn.

Mit Wissen und Billigung bundesdeutscher Regierungsstellen, so sagt er, liefere er Interna aus der Christen-Union an DDR-Behörden — zum Teil Spielmateriale, zum Teil „dosierte Fakten“ (Steiner).

Nach Angaben des Ex-Abgeordneten sind „höchste Stellen“ bis hin zum Chef des Bundeskanzleramtes (Steiner: „Grabert ist informiert“) über seinen neuen Job unterrichtet, nicht aber die von seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit betroffene parlamentarische Opposition. Julius Steiner: „Die CDU-Führung weiß nichts davon, weil ich denen nicht traue.“

Kanzleramtsstaatssekretär Horst Grabert, als Chef des Bundesnachrichtendienstes

formal für den Verfassungsschutz-Mitarbeiter Steiner nicht zuständig, erklärte am letzten Freitag: „Ich habe den Mann nie gesehen. Er ist mir nur soweit in Erinnerung, daß er mal Abgeordneter war.“ Und: „Wenn ich einmal einen BND-Doppelagenten einzusetzen hätte, würde ich das nicht ohne Rücksprache mit den Beteiligten tun, in diesem Falle also mit dem Oppositionsführer oder der Fraktionsgeschäftsführung.“

Grabert mochte dennoch nicht ausschließen, daß Steiner mit dem BND zu tun gehabt habe. Denn, so Grabert, er habe die Pullacher BND-Zentrale angewiesen, aus Sicherheitsgründen auch im internen Amtsverkehr mit dem Bundeskanzleramt auf die Nennung von Na-

me den über seine Ost-Berlin-Kontakte berichtet.

Der behäbige CDU-Mann aus Baden-Württemberg kann eine ansehnliche Parteikarriere vorweisen. Er engagierte sich 1952 als Landesgeschäftsführer für die CDU, wurde 1956 Landesvorsitzender der Jungen Union und stieg 1963 zum Vize der Union in Württemberg-Hohenzollern auf.

1967 fand er den Kontakt zur Großindustrie: Er diente dem mächtigen CDU-Wirtschaftsrat als Landesbeauftragter für Südwürttemberg. 1969 schließlich gelang ihm die vermutlich letzte Etappe seiner Karriere. Über die Landesliste zog er in den Deutschen Bundestag ein.



Steiner-Favorit Brandt: Von Christdemokraten bestätigt?

men zu verzichten. Grabert: „Wir müssen prüfen, ob an mich das Ansuchen (in Sachen Steiner) gerichtet worden ist ohne Namensnennung.“ BND-Präsident Gerhard Wessel wurde noch am Freitag auf der Direktleitung zwischen Bonn und Pullach angewiesen, am Dienstag dieser Woche bei der BND-Lage im Kanzleramt über den Fall Steiner Rapport zu erstatten.

Besser informiert als Grabert waren Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, oberster Dienstherr des Verfassungsschutzes, und Verfassungsschutz-Präsident Günther Nollau. Genscher wie Nollau bestätigten am vergangenen Freitag gegenüber dem SPIEGEL Steiners Agenten-Tätigkeit: Der Christdemokrat habe letzten Herbst Kontakt zum baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart aufgenommen und

Der Verdacht, der jahrelang geachtete schwäbisch-biedere Parteimann könne für sein Anti-Barzel-Votum fremdes Honorar genommen haben, kam den Unionschristen, als sie bei der Suche nach den Kanzler-Verhinderern in den eigenen Reihen den wechselvollen Lebensweg Steiners zurückverfolgten. Der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Anton Pfeifer wußte am Donnerstag vergangener Woche nicht zu sagen, was sein ehemaliger Fraktionskollege Steiner in all den Jahren beruflich gemacht hat: „Die Frage haben wir uns oft gestellt.“

Steiners dem SPIEGEL zu Protokoll gegebene Antwort: Nach einem abgebrochenen Studium der katholischen Theologie diente er zunächst als Angestellter beim Finanzamt Sigmaringen und wurde dann Anfang der fünf-

An einer der schönsten Stellen der Ostsee, am Leuchtturm auf der Halbinsel Hohns, direkt an der Flensburger Förde — dem dänischen Ufer gegenüber — verkaufen wir im Wohnpark Nautic Komfort-Appartements und Einfamilienhäuser sowie 500 Bootsliegeplätze im Yachthafen dieses Erholungsgebietes.

## Ostseeheilbad Glücksburg

Beratung und Verkauf im Baugebiet oder fordern Sie Informationsmaterial an.

**BG — GEWERBEBAU GMBH**

Geschäftsstelle Flensburg

Angelburger Straße 31/33

Tel. (0461) • 179 00



Bitte senden Sie mir Ihren Farbprospekt

Name .....

Anschrift .....

ziger Jahre ehrenamtlicher, später hauptberuflicher CDU-Funktionär.

Mit der Vermutung konfrontiert, er habe bereits in jener Zeit nachrichtendienstliche Kontakte unterhalten, gab Steiner zu, damals habe sich „gelegentlich ein Sûreté-Mann an mich“ gewandt. Im Kasino der französischen Militärregierung des Gouverneurs Guillaume Widmer in Tübingen sei er von dem

früheren Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, Hansjoachim von Rohr, und sogar den amtierenden AA-Staatssekretär Hilger van Scherpenberg gewonnen.

Die Entspannungsfreunde nahmen Kontakt zu den Russen in Rolandseck auf, Botschafter Andrej Smirnow zeigte Interesse, man traf sich im Botschaftsgebäude am Rhein und im Bon-



Angewandte Steiner-Förderer Genscher, Grabert, Wienand: „Die Frage haben ...

französischen Agenten zu Interna aus der CDU Württemberg-Hohenzollerns und „so zu allgemeinen Fragen im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des Südweststaates“ (Steiner) befragt worden.

Die Besatzungsherrschaft ging zu Ende, Steiner stieg in der CDU auf und tat sich nach neuem Geldwerb um. Ende der fünfziger Jahre trat er in die Dienste des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen. Was er für den Adligen gearbeitet hat, umschreibt Steiner so: Er sei „weitgehend für eine politisch beratende Funktion“ eingestellt worden.

In jene Zeit, so sein Bericht, fiel Steiners zweiter Geheimdienst-Kontakt: „Ich war damals Doppelagent für den BND.“

Auf Vermittlung des 1933 in die Schweiz emigrierten Schriftstellers und ehemaligen stellvertretenden Chefredakteurs des Zentrum-Organs „Der gerade Weg“, Wilhelm Kiefer, habe er die Bekanntschaft von Wilhelm Rauber gemacht, der als Abteilungsleiter beim Landwirtschaftsverband Rheinland in Bonn beschäftigt war und dessen Tochter laut Steiner mit dem Sohn eines Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Rolandseck verlobt war. Rauber habe den CDU-Politiker in seine Bad Godesberger Wohnung eingeladen und ihn für den Gedanken eingenommen, eine deutsch-sowjetische Gesellschaft zu gründen. In der hohen Zeit des Kalten Krieges sollte diese Vereinigung von Politikern aller Parteien für die Entspannung zwischen Bonn und Moskau arbeiten.

Als Sympathisanten habe man den CDU-Mitgründer und früheren Reichsernährungsminister Andreas Hermes, den ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Ferdinand Friedensburg, den

ner Hotel „Königshof“. Besonders aufmerksamer Teilnehmer der deutsch-russischen Séancen war Steiner. Denn der schwäbische Christdemokrat, der entgegen offizieller Regierungspolitik die Kooperation mit den Russen suchte, handelte zugleich im Auftrag der Regierung Adenauer.

Damals, so berichtete Steiner weiter, hätte ihn der Leitende Regierungsdirektor beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach, Erwin Hauschildt, angesprochen. Der BND-Mann habe ihn dafür geworben, seinen Russen-Kontakt zu nutzen und Pullach mit frischen Nachrichten aus Rolandseck zu versorgen.

Steiners Nachrichtenfluß versiegte, als Konrad Adenauer von dem Projekt erfuhr und die christdemokratischen Gründungsväter der Gesellschaft zurückpiffte. Die Sowjets, gab Steiner an, hätten daraufhin „abgewinkt und gesagt, es tut uns leid, wenn die Regierungspartei nicht dabei ist, haben wir kein Interesse“.

Der heute in Baden-Baden lebende 83jährige Schriftsteller Wilhelm Kiefer gibt freilich eine andere Version von Steiners Rolle bei dem Projekt: Danach ging die Initiative zur Gründung der Gesellschaft von Steiner aus.

Der CDU-Schwabe habe Kiefer veranlaßt, ihn mit prominenten Gegnern von Adenauers Westpolitik bekannt zu machen, wie dem damaligen Vorsitzenden der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemann und dem freidemokratischen Adenauer-Gegner Thomas Dehler. „Später“ hatte Kiefer den Eindruck, daß Steiner „im Auftrag des Verfassungsschutzes“ die Gründung der Gesellschaft betrieben habe.

Ob Verfassungsschutz- oder BND-Mann — Steiner machte in der CDU seinen Weg.

Wie zufällig will der CDU-Volksvertreter Anfang 1970 auf dem Köln-Bonner Flughafen Wahn einen alten Bekannten getroffen haben: Erwin Hauschildt, der laut Steiner nach dem Machtwechsel in Bonn seine Dienste im BND quittiert und sich in der Alpenrandgemeinde Aschau, Grüner Weg 9, als Anwalt niedergelassen hatte. Hauschildt ist zweiter Vorsitzender des CSU-Ortsverbandes Aschau und Mitglied der CSU-Arbeitsgemeinschaft Mittelstand.

Christdemokrat und Christsozialer hielten Kontakt. Und im Wahlkampf 1970 half Steiner dem Parteifreund aus: „Ich habe auf drei bis vier Veranstaltungen da unten bei ihm gesprochen.“

Von Kanzler Brandts Ost-Offensive will Steiner zunächst gar nicht begeistert gewesen sein. Dann aber wandelte er sich zu einem „Freund der Ostpolitik“ (Steiner).

Der Christdemokrat, der sich seiner — damals noch auf ein Nein zu den Ostverträgen festgelegten — Fraktion nicht zu offenbaren traute, machte gegenüber SPD/FDP-Koalitionären keinen Hehl aus seiner Einstellung: Mit SPD-Minister Egon Franke, dessen Parlamentarischem Staatssekretär Karl Herold und „mit einigen Herren von der FDP bis hoch zu den Herren Scheel, Genscher, Ertl“ will der Ost-Abweichler offen über das Unbehagen gesprochen haben, das ihm die Haltung der Opposition bereitete. Besonders ausführlich habe er sich mit Ertl ausgetauscht, wenn ihn der FDP-Minister vom gemeinsamen Wohnort Pech bei Bad Godesberg im Dienstwagen mit nach Bonn nahm.

Bei seinem Engagement für die Ostpolitik fühlte sich der Vielgeschäftige

material für das sowjetische Lkw-Werk an der Kama ab.

Mutmaßungen in der Christenfraktion, die Firma, bei der Steiner-Tochter Bärbel als Fremdsprachenkorrespondentin beschäftigt ist, habe sich dem Biberacher Ostvertragsfreund gegenüber erkenntlich gezeigt, wies Steiner zurück: „Ich habe keine Summen erhalten.“

Seine ostpolitischen Neigungen und seine Kontakte zum Regierungslager machten Steiner den eigenen Fraktionskollegen verdächtig. CDU-MdB Friedrich Vogel (Warendorf) habe ihn, so Steiners Erinnerung, in jener Zeit der knappen Mehrheit offen angesprochen: „Du, über dich gibt es das Gerücht, du würdest zur FDP gehen.“

Alarmiert worden waren die Unionschristen durch die Nachricht, Steiner habe an der Bar des Bundeshaus-Restaurants mit dem Parlamentarischen AA-Staatssekretär und baden-württembergischen FDP-Landesvorsitzenden Karl Moersch über finanzielle Zuwendungen verhandelt.

Steiner letzte Woche über dieses Bar-Gespräch: Er habe mit Moersch wegen eines Bundeszuschusses zu einer privaten USA-Reise verhandelt. Steiner: „So was kriegt man doch als Abgeordneter.“

Gleichwohl gab der Schwabe zu, an Fraktionswechsel gedacht zu haben: „Ich habe innerlich überlegt, rüberzugehen zur FDP.“ Daß er dennoch bei der Union blieb, erklärte er so: „Ich bin damals nicht aus der CDU raus, weil ich der Meinung war, daß die Befürworter der Verträge in der CDU wichtiger waren.“

Der Vertragsfreund und Barzel-Gegner Steiner versagte bei der Abstimmung am 27. April 1972 über den kon-



... wir uns oft gestellt“: **Angebliche Barzel-Gegner Höcherl, Majonica, Zimmermann**

in guter Gesellschaft. Er unterhält zum Großunternehmer Liebherr, mit Stammsitz in Steiners Wohnort Biberrach, „gute Beziehungen“ (Steiner). Die schwäbischen Kranbauer wollten mit den Sowjets groß ins Geschäft kommen. In der vergangenen Woche schloß das schwäbische Maschinenunternehmen einen 300-Millionen-Kontrakt über die Lieferung von Ausrüstungs-

strukturen. Mißtrauensantrag gegen Brandt seinem Fraktionschef die Unterstützung, weil er gefürchtet habe, daß eine Regierung Barzel/Strauß unter dem Vorwand, sie wolle bessere Konditionen mit der Sowjet-Union aushandeln, die Ratifizierung der Verträge auf unabsehbare Zeit aussetzen würde.

Bei der Auszahlung der Stimmkarten an jenem 27. April, so entsinnt sich

## Mönchshof-Bier

### ... eine Klasse für sich

Mehr und mehr Bierkenner trinken köstliches Kulmbacher Mönchshof-Bräu. Sechsmal soviel Mönchshof-Bier fließt aus der größten konzernfreien Brauerei Frankens wie 1950... im Zeichen des Mönches seit 1349 nach jahrhundertaltem Vorbild unnachahmlich gebraut.

Höchster Genuß ist das »Selberzapfen« aus dem Mönchshof Hobby-Faß: Schäumendes, tafrisches Mönchshof-Pilsener. Zum Wohl!



Schicken Sie bitte frachtfrei

☐ Zünftiges Hobby-Faß aus echtem Eichenholz. Mit Edelstahl-Zapfgerät, 3,8l-Dose Mönchshof-Pilsener, Kohlensäurepatrone, Untersetzer. **à DM 74,80**

☐ Dosen-Depot Vier Nachfüll-Dosen mit je 3,8l süffigem Mönchshof-Pilsener. **à DM 34,-**

233

Preise gelten nur in der BRD

Name

Leitzahl/Ort

Straße

Der Betrag von DM \_\_\_\_\_ ist auf Ihr Postscheckkonto Nürnberg Nr. 41 47 überwiesen worden. Versand erfolgt nur nach Eingang dieses Betrages bei der Brauerei. — Kupon möglichst 10 Tage vor gewünschtem Empfangstermin einsenden an Kulmbacher Mönchshof-Bräu, 8650 Kulmbach, Postfach 1560.



**KULMBACHER**  
**Mönchshof-Bräu**

heute CSU-MdB Lorenz Niegel, damals einer der acht Schriftführer im Parlament, habe er auf zwei der insgesamt drei Enthaltungskarten seltsame Zeichen entdeckt: „Ein waagerechter Strich in einer neutralen Schreibfarbe.“

Niegels Unionsfreund Franz Varelmann erinnerte sich nur an eine Karte, auf der „in einer Ecke ein kleines Zeichen“ gewesen sei. In einer kurzen Diskussion mit den anderen Schriftführern habe man sich darauf geeinigt, die Karte durchgehen zu lassen.

Unions-Rechercheure leiten von den merkwürdigen Zeichen den Verdacht ab, die Verräter in den Unionsreihen hätten den Koalitions-Schriftführern am Auszählungstisch ihre Enthaltung beweisen wollen.

Steiner bestritt, seine Enthaltungskarte gegen Barzel mit mysteriöser Si-

— mit dem Wort: „Ich bin Ihnen eine Erklärung schuldig, bevor wir unser Gespräch aufnehmen. Ich komme nicht aus West-, sondern aus Ost-Berlin.“ Laube habe sich dann auf Steiners Tätigkeit im CDU-Wirtschaftsrat bezogen und Interesse an „verschiedenen wirtschaftlichen Fragen“ (Steiner) gezeigt. Später wechselten die Herren zur Außen- und Ostpolitik über. Zur Überraschung Steiners zeigte sich Laube (Ost) genau darüber informiert, daß der CDU-Mann entgegen der Fraktionslinie die Ostverträge befürworte.

Die Herren blieben in Verbindung, und Laube besuchte Steiner sogar, als der Herzleidende nach einem Krankenhausaufenthalt im Sommer 1972 zur Kur im Schwarzwaldort Höchenschwand weilte. Doch Steiner, dem „die

Koalition wird siegen. Das war mir ganz klar.“

Die Wahl kam, die Koalition siegte am 19. November, und Steiner kehrte nicht mehr in den Bundestag zurück. Der CDU-Mann, der noch 1969 auf dem sicheren Platz elf der baden-württembergischen Landesliste rangiert hatte, wurde von der Union nicht mehr aufgestellt — nach Steiners Angaben wegen seiner positiven Ost-Haltung: „Das haben mir die rechten Leute nicht vergessen und verziehen.“

Doch trotz des Mandatsverlustes blieb Steiner für den Ost-Berliner Staatssicherheitsdienst interessant. Kurz nach der Wahl, so Steiners Bekenntnis, habe ihn Laube zu einem Besuch in die Hauptstadt der DDR eingeladen, Treffpunkt: „Unter den Linden“ vor dem Gebäude der sowjetischen Botschaft. In der Woche vor Weihnachten passierte der Ex-Abgeordnete den Sektoren-Übergang Heinrich-Heine-Straße und begab sich zum konspirativen Laube-Rendezvous in Ost-Berlins Prachtstraße. Steiner: „Da sind wir dann auf- und abgegangen. Die sind ja alle so mißtrauisch.“

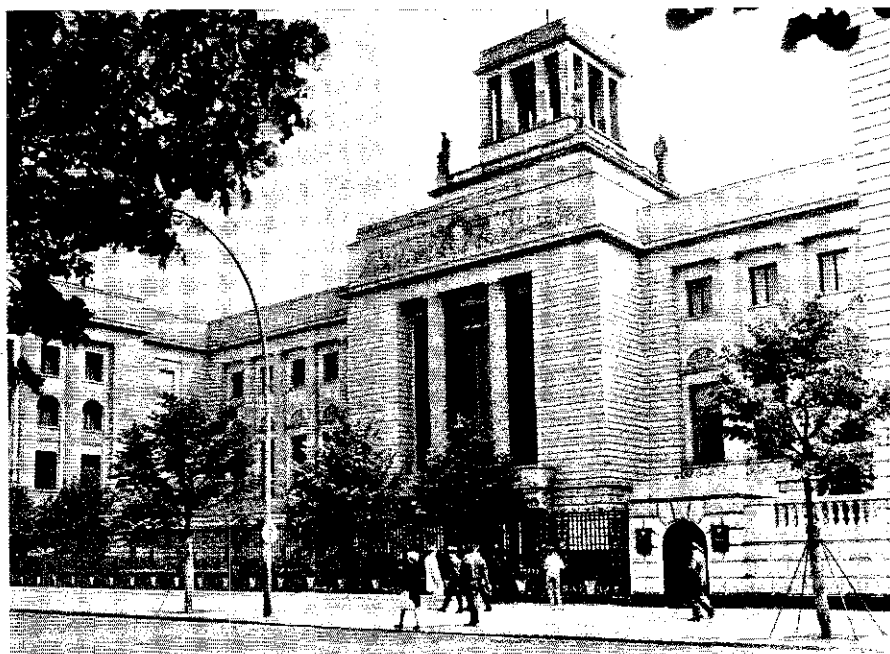
Nach kurzen Schmeicheleien Laubes — er beglückwünschte Steiner zu seiner sicheren Prognose über den Wahlausgang — kam der Ost-Berliner zur Sache. Auf Laubes Frage „Was werden Sie denn jetzt beruflich machen?“ will Steiner geantwortet haben: „Politik verdirbt den Charakter. Ich bin wegen der Befürwortung der Ostverträge nicht mehr in den Bundestag gekommen. Mich reizt es, wieder einfacher Kaufmann zu werden.“

Von Laube sei ihm ein anderer Job offeriert worden: Steiner solle etwa die gleichen Bezüge wie ein Bundestagsabgeordneter erhalten — monatlich 4500 Mark (West). Geforderte Gegenleistung: interne Informationen aus der CDU. Steiner über Laubes Wünsche: „Wer wird Vorsitzender? Wie sind die Strömungen?“

Die Motive für seine Offerte lieferte Laube laut Steiner mit: „Über SPD und FDP wissen wir ganz genau Bescheid, über die CDU nicht.“ Nach eigenen Angaben zeigte sich Steiner interessiert.

Die beiden Herren hätten sich anschließend im „Operncafé“ und bei einem Abendessen im „Hotel Berlin“ gestärkt.

In der schwäbischen Heimat wandte sich Steiner, wie er heute zu berichten weiß, ratsuchend an seinen alten BND-Bekannten Erwin Hauschildt (Steiner: „Mit dem war ich inzwischen per du“), etwa zehn Tage nach dem Gespräch mit dem Duz-Freund habe sich bei ihm die „Abteilung V, die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz in Stuttgart“ gemeldet. Steiner erzählte von seinen Ost-Berliner Erlebnissen, und die Abwehrleute rieten ihm, wie Steiner erklärte, auf das Ost-Berliner Angebot einzugehen. Auch Hau-



Treffpunkt Sowjet-Botschaft in Ost-Berlin: Immer auf und ab gegangen

gnatur versehen zu haben. Doch wenige Tage vor den Merkwürdigkeiten am Zählstisch im Bonner Bundestagsplenum hatte auch Steiner ein seltsames Erlebnis.

Am 22. April 1972, dem Vortag der baden-württembergischen Landtagswahl, klingelte es abends an seiner Haustür. Der späte Besucher stellte sich vor „als Herr Laube aus Berlin“ (Steiner).

„Herr Laube“ bat um eine Unterredung, es gehe um wirtschaftliche Dinge. Der verwunderte Hausherr verwies auf die vorgeschrittene Zeit: Er müsse bald zu Bett, denn der Wahlkampf sei sehr anstrengend gewesen. Laube zeigte Verständnis: Man könne sich natürlich am morgigen Sonntag nach dem Kirchgang treffen. Die Herren verabredeten sich für 10.30 Uhr.

Anderntags eröffnete Laube die Unterhaltung — nach Steiners Erinnerung

Sache nicht ganz geheuer“ vorkam, wollte sich absichern.

Er habe im Bundestagsplenum den FDP-Abgeordneten Wolfram Dorn, der ihm als Parlamentarischer Staatssekretär in dem für den Verfassungsschutz zuständigen Bundesinnenministerium kompetent erschien, über seinen Ost-Bekannten Laube informiert. Dorn habe dann „mit seinen Oberen“ (Steiner) Rücksprache genommen und „mir ein paar Tage später gesagt: Lassen Sie den Kontakt mal unverbindlich laufen.“

An diesen Rat will sich Steiner gehalten haben, sein Draht zu dem Ost-Berliner riß nicht ab. Als sich Neuwahlen abzeichneten, so fiel Steiner wieder ein, sei Laube außerordentlich an seinem Urteil über den Ausgang der Bundestagswahl interessiert gewesen. Entgegen der allgemeinen Unsicherheit über das Wahlergebnis wagte Steiner eine harte Prognose: „Ich habe denen gesagt, die

schildt habe ihm mit den Worten „Steig ein“ zugerufen. Ein Stuttgarter Staatsprecher: „Herr Steiner war zu keiner Zeit Angestellter oder Beamter des Landesamtes für Verfassungsschutz.“ Allerdings: „Er hat wohl Kontakte gehabt zu diesem Amt.“

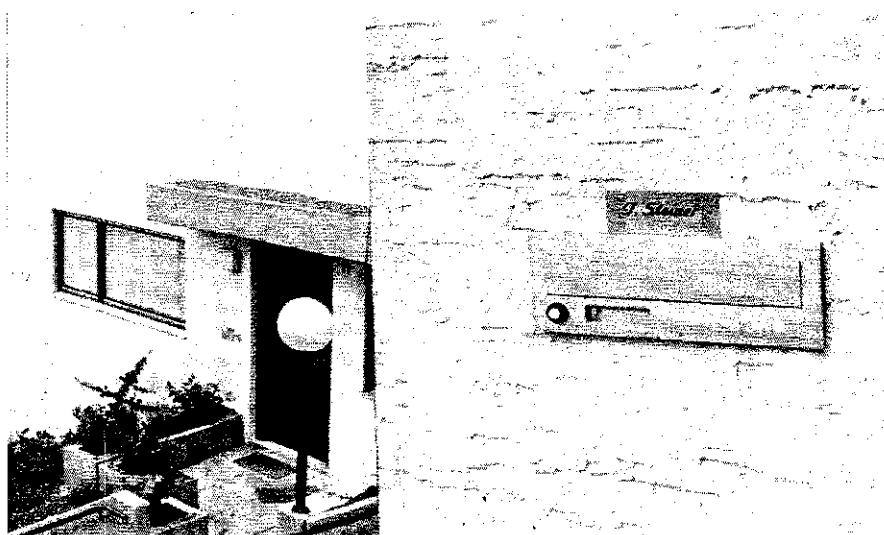
Nach Steiner sicherten ihn seine neuen Dienstherren gegen Risiken seiner Doppelrolle ab: „Ich habe einen Vertrag, daß ich ausgetauscht werde oder ausgekauft werde.“

Am 24. und 25. Januar dieses Jahres, so stellte Steiner am Dienstag letzter Woche anhand seines Termin-Kalenders fest, „hatte ich dann in Ost-Berlin das erste Arbeitsgespräch. Ich habe da mit zwei Herren namens Gütz und Dr. Killmann gesprochen“. Er sei am Übergang Friedrichstraße abgeholt und in ein Gästehaus in der Pölitzer Straße im Ost-Berliner Vorort Kaulsdorf gefahren worden: „Da gibt es Kellner und eine Köchin oder so.“

Seither ist er angeblich „alle 14 Tage“ nach Ost-Berlin gereist. Seine ostdeutschen Abnehmer will er mit CDU-Informationen beliefert haben — so über Kontakte zwischen FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs und dem designierten CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl via CDU-Wirtschaftsrat.

Sein Honorar werde ihm teils „in Ost-Berlin ausgezahlt, der Rest über die Schweiz“. Steiner weiter: Anfang 1973 habe er bei einer Schweizer Bank ein Konto eingerichtet, von dem aus das Geld auf sein Konto in der BRD transferiert werde. Sein Honorar leite er in voller Höhe an den Verfassungsschutz weiter. „Drei Viertel des Feindgeldes, so nennen sie das“ (Steiner), insgesamt etwa 3800 Mark, erhalte er als Entgelt. Besonders seien die bundesdeutschen Abwehrleute an den Westgeldscheinen interessiert, die er bar in Ost-Berlin erhalte: „Da können die wohl feststellen, woher das Geld kommt.“

Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, oberster Dienstherr des Köl-



**Treffpunkt Steiner-Wohnung in Biberach:** Nach dem Kirchgang verabredet

ner Bundesamtes für Verfassungsschutz, konnte am Freitag letzter Woche anhand seiner Akten die von Steiner als Honorar — 4500 Mark brutto und 3800 Mark netto — genannten Summen nicht bestätigen.

Aus seinen Unterlagen ginge jedoch hervor, daß Steiner die Auslagen für einen Flug nach Berlin erstattet wurden. Verfassungsschutz-Chef Günther Nollau verneinte gleichentags, daß Steiner direkten Kontakt mit dem Bundesamt gehabt habe.

Steiner hingegen gab an, er sei am Montag letzter Woche in Köln mit Abwehrleuten der Zentrale zusammengetroffen. Schon in dieser Woche wieder, so vertraute er dem SPIEGEL an, müsse er zu seinem nächsten Treff nach Ost-Berlin reisen.

Obwohl das Kölner Bundesamt, wie Nollau und Genscher bestätigten, auf dem Dienstweg aus Stuttgart über Steiners Ostkontakte unterrichtet war, bestritten Minister und Präsident, von dem Vorgang gewußt zu haben. Genscher hat die Akte Steiner, so sagt er, erstmals am vergangenen Freitagmorgen zwischen 10 und 11 Uhr überflogen. Der Innenminister erklärt seine Unkenntnis damit, die Berichte Steiners seien nicht über die Abteilungsleiter-Ebene in Köln hinausgekommen — obwohl er und Nollau von ihren Beamten über alle politisch brisanten Fälle insbesondere dann informiert werden müßten, wenn eine der im Bundestag vertretenen Parteien involviert ist. Warum der zuständige Abteilungsleiter im Falle eines gerade ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten anders gehandelt hat, können beide sich nicht erklären.

Aber auch die CDU-Spitze ist weder von Bonn noch von Stuttgart unterrichtet worden.

Minister und Präsident waren sich am vergangenen Freitag nicht einmal einig, ob der Verfassungsschutz die

CDU überhaupt hätte unterrichten müssen. Genscher war dafür, Praktiker Nollau hielt nicht allzuviel davon. Er hatte sogar einen recht anders gelagerten Fall parat: „Im Fall des Ost-Agenten und früheren SPD-MdB Alfred Frenzel“, der wegen Spionage für die ČSSR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, sei die SPD auch nicht sogleich, sondern erst in letzter Minute unterrichtet worden, „um den Agenten nicht vorzuwarnen“.

Genscher und Nollau: Das Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart, Steiners Anlaufstelle, unterstehe doch dem christdemokratischen Innenminister Karl Schieß in der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Bei dieser parteipolitischen Konstellation könne man doch mutmaßen, der zuständige Abteilungsleiter des Bundesverfassungsschutzes in Köln habe die Berichte Steiners nicht nach oben weitergeleitet, weil er annehmen konnte, die CDU sei via Stuttgart unterrichtet worden.

Oder aber — so spekulierten Genscher und Nollau —, der Kölner Abteilungsleiter habe die ganze Sache nicht so wichtig genommen, weil Steiner nicht mehr im Bundestag sitze. Beide sind sicher, daß sie keine Verantwortung tragen: „Das ist nicht unser Fall. Der liegt beim baden-württembergischen Verfassungsschutz.“

Auch Kanzleramts-Staatssekretär Horst Grabert hielt es für denkbar, daß die Unionsspitze — obwohl von der Regierung nicht unterrichtet — von Steiners Aktivität gewußt habe. Steiners BND-Kontaktmann Hauschildt sei CSU-Mitglied, so Grabert, und da liege doch nahe, daß dieser die Unions-Christen ins Bild gesetzt habe.

Rainer Barzel aber, der es wissen sollte, sagte dem SPIEGEL auf die Frage, ob er selbst oder einer seiner Mitarbeiter jemals über die Steiner-Tätigkeit informiert worden sei: „Nein, definitiv nein.“



**Vermuteter Arbeitsplatz in West-Berlin**  
Für die Enthaltung belohnt?